

Die Republik der Vereinigten Niederlande und das Deutsche Reich 1648-1748. Fazit eines Forschungsprojekts

Im Januar 1993 begann am Zentrum für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt, das sich Aspekten der deutsch-niederländischen Beziehungen im Bereich der Außenpolitik in den hundert Jahren zwischen dem Westfälischen Frieden (1648) und dem Aachener Friedensschluß (1748) widmete. Die inzwischen abgeschlossenen Forschungsarbeiten standen unter der Leitfrage, unter welchen Bedingungen das nach 1648 zunächst von wechselseitiger Distanz geprägte Verhältnis von Kaiser und Reich zur Republik der Vereinigten Niederlande zu einer engeren politisch-diplomatischen Beziehung und zur Allianzpolitik geführt hat. Darüber hinaus galt es auch, Einsichten in die Voraussetzungen und Erscheinungsformen des niederländischen Neutralitätskurses nach dem Spanischen Erbfolgekrieg - hier im Hinblick auf die Konsequenzen für die Beziehungen der Republik zu Kaiser und Reich - zu gewinnen. Das Forschungsinteresse zielte dabei indes nicht primär auf die Präzisierung des Kenntnisstandes hinsichtlich diplomatiegeschichtlicher Ereigniszusammenhänge, wengleich das zur Auswertung herangezogene umfangreiche Material - vor allem diplomatische Korrespondenzen, Konferenzprotokolle und zeitgenössische politische Flugschriften - auch hierzu manchen Ansatzpunkt lieferte. Im Vordergrund stand vielmehr die einen Neuansatz in der Erforschung der frühneuzeitlichen Außenpolitik indizierende Frage, inwieweit die politisch-diplomatischen Beziehungen dem Einfluß des jeweiligen "Bildes vom anderen"¹ unterlagen - eine Fragestellung, die nicht zuletzt auch nahegelegt worden ist durch das in der politischen Gegenwart sehr lebendige und von einem historisch fundierten Klärungsbedürfnis zeugende Interesse an Betrachtungen über Entstehung und Funktion von Klischees und Stereotypen im zwischenstaatlichen Verhältnis. Das Forschungsvorhaben thematisierte solchermassen die in der Begegnung und wechselseitigen Wahrnehmung zweier unterschiedlicher politischer Kulturen ans Licht tretenden Denk- und Bildmuster, mithin die politisch-kulturelle Einordnung der Vereinigten Niederlande auf kaiserlicher Seite sowie - umgekehrt - die politisch-kulturelle Einordnung des östlichen Nachbarn in der Republik bzw. durch die diplomatischen Vertreter der Generalstaaten. Aus der doppelten Perspektive resultierte, wie auch aus der Gliederungsstruktur der nachfolgenden, zwischen einer "kaiser-

¹ Grundlegend für diesen Analyseansatz mit Blick auf das deutsch-niederländische Verhältnis: H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990; Ders., *Fremdbild und Außenpolitik. Bemerkungen zu den deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Bonn 1989 (Nachbarn 34); Ders., *Deutschland und die Niederlande. Über Außenpolitik und Fremdbild im Wandel einer Beziehung von 1648 bis 1939*, in: *Die Niederlande und Deutschland. Nachbarn in Europa*. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1992, S. 43-64.

lichen" und "niederländischen" Seite unterscheidenden Ausführungen deutlich wird, eine arbeitsorganisatorische Zweiteilung.

Ohne den Detailanalysen, die in einem umfassenden Sammelband präsentiert werden², vorgreifen zu wollen, sei als kurzes inhaltliches Fazit³ festgehalten:

Kaiserliche bzw. österreichische Seite

Wenn Heinz Schilling die Republik der Vereinigten Niederlande als "beargwöhnten Nachbarn"⁴ bezeichnet hat, so gilt diese Charakterisierung im besonderen Maße für die auf kaiserlicher Seite zu beobachtende Disposition, wenn sich der Blick auf den Nordwesten des europäischen Festlandes richtete. Das tief sitzende Mißtrauen der Hofburg und ihrer Repräsentanten im Haag gegenüber den Vereinigten Provinzen stellte ein sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinziehendes Problem dar. Die Konstitution der Republik, ihre internen, als instabil eingestuften konfessionellen Kräfteverhältnisse wie auch der Primat handelspolitischer Interessen weckten Zweifel an der außenpolitischen Zuverlässigkeit des nordniederländischen Gemeinwesens. Bereits der Friede von Nijmegen und insbesondere der von Rijswijk wirkten sich langfristig negativ auf das Stimmungsbild aus, und auch die Subsidienfrage war für den Wiener Hof mehr als einmal die Nagelprobe für die niederländische Standhaftigkeit und Kooperationsbereitschaft. Wie schwer der Argwohn wog, wird auch aus der Tatsache ersichtlich, daß selbst in Phasen funktionierender Zusammenarbeit grundsätzliche Vorbehalte, die zumindest anfänglich auch aus der revolutionären Vergangenheit der Republik herrührten, bestehen blieben.

Versucht man die in der Wahrnehmung der Hofburg und ihrer diplomatischen Vertreter belastenden Faktoren des bilateralen Verhältnisses präziser zu bestimmen, so ist zunächst auf die unterschiedliche Konfessionalität zu verweisen - ein die politische Urteilsbildung und Analysefähigkeit österreichischer Diplomaten nicht selten trübender Sachverhalt. Wiederholt hat der Kaiser seine Gesandten angewiesen, sich der Interessen der Katholiken in der Republik anzunehmen. Der Eifer einiger kaiserlicher Vertreter (z. B. Kramprich) ging indessen weit über das notwendige und politisch opportun erscheinende Maß hinaus. Ließ der Kaiser in seinen Beziehungen zu den Niederlanden auch nie Zweifel an seinem Selbstverständnis als Hüter des alten Glaubens aufkommen, so war man doch andererseits pragmatisch genug, die Frage allianzpolitischen Erfordernissen unterzuordnen. Die Religionsfrage blieb gleichwohl ein problematischer, Legitimitätsprobleme aufwerfender Fixpunkt im Niederlandebild

² Vorgesehen ist eine Veröffentlichung in der Reihe *Niederlande-Studien* des Zentrums.

³ Auf detaillierte Nachweise zu den hier ohnehin nur in Form einer Skizze wiedergegebenen Ergebnissen wurde verzichtet. Verwiesen sei auf den angekündigten Sammelband, der die erforderlichen Belege enthält.

⁴ H. SCHILLING, *Die Republik der Vereinigten Niederlande - ein bewunderter und beargwöhnter Nachbar*, in: H. DUCHHARDT (Hrsg.), *In Europas Mitte. Deutschland und seine Nachbarn*, Bonn 1988, S. 20-28.

der Hofburg, jedoch mit fraglos abnehmender Tendenz im Verlauf des 18. Jahrhunderts.

Vom Pragmatismus, der in der Bewertung der unterschiedlichen konfessionellen und konfessionspolitischen Orientierung zusehends erkennbar wurde, waren der Kaiser und seine Minister in Zeremonialangelegenheiten weit entfernt. Insbesondere in der Titularfrage gegenüber den Generalstaaten und bei der Rangstufeneinordnung der ständigen Gesandten in Den Haag entzündeten sich wiederholt Konflikte, die erst im Laufe des 18. Jahrhunderts an Schärfe verloren. Das Zeremonialwesen und die ihm beigemessene politische Relevanz wirkten so verhaltensprägend, daß zuweilen von einer Vertiefung diplomatischer Kontakte abgesehen wurde.

Bewegten sich die kaiserlichen Diplomaten im Haag in Zeremonialangelegenheiten auf einem ihnen wohlvertrauten Parkett - dies offenkundig im Unterschied zu ihren niederländischen Kollegen -, so standen sie der politischen Kultur der Republik und ihrer handelskapitalistischen Wirtschaftsordnung distanziert, ja zuweilen verständnislos gegenüber. Mißverständnisse bis hin zu politisch relevanten Fehleinschätzungen waren die Folge. Gewiß wurde der im Vergleich zu den Verhältnissen im Reich beachtlich hohe Bildungsstand der niederländischen Bevölkerung auf Seiten der kaiserlichen Diplomaten mit Bewunderung zur Kenntnis genommen; das Phänomen provozierte jedoch auch, ebenso wie der Einfluß der politischen Publizistik und der Öffentlichkeit auf Entscheidungsprozesse, beträchtliche Kritik, da hierin ein potentiell zur politisch-sozialen Instabilität führendes Element der niederländischen politischen Kultur gesehen wurde. Die in dieser Frage charakteristische Ambiguität der österreichischen Perzeption und Urteilsbildung mag man daraus ersehen, daß der Einfluß des "Volkes" auf die politische Willensbildung zwar einerseits als gefährlich galt, andererseits indes auch als Chance begriffen wurde, sofern Aussicht auf eine hierdurch geförderte Realisierung der eigenen politischen Intention bestand.

Aufgrund der Verfassungsstruktur der Niederlande empfand man in der Hofburg den in der Republik üblichen Weg zu verbindlichen politischen Entscheidungen als kompliziert und zeitraubend. Gruppenegoismen prägten in Wiener Sicht im 18. Jahrhundert zusehends die Republik. Der provinzielle Partikularismus verdichtete sich zu einem Bild, das die Niederlande als außenpolitisch nahezu handlungsunfähig zeigte. Unter Hinweis auf die Kompetenzdefizite, die den österreichischen Diplomaten zufolge unter den politisch führenden Persönlichkeiten manifest wurden, artikulierten sich in der Berichterstattung sowie unter den kaiserlichen Ministern nach dem Ende der Ära Heinsius (1720) verstärkt der Wunsch nach Wiederherstellung der Statthalterschaft.

Die Bildung politischer Faktionen in den Niederlanden, die herausragende, im 18. Jahrhundert indes tendenziell reduzierte Bedeutung der Provinz Holland, die Rolle Amsterdams als Protagonistin der Friedenspartei u.a.m. sind von den kaiserlichen Diplomaten über Jahrzehnte genau registriert worden. Besonderes Interesse fand die Stellung und Macht Wilhelms III. von Oranien, mit dem die Republik seit 1672 nach dem Ende der ersten statthalterlosen Periode wieder näher an den in Europa geltenden verfassungspolitischen Standard heranrückte.

Das niederländische Handelswesen, die Geschäftsprinzipien von Banken und Börsen, überhaupt politisch relevante Finanzierungsinstrumentarien stießen, wenn man von Ausnahmen wie Lisola oder Kramprich absieht, durchgehend auf nur geringes Verständnis. Mentalität und Handeln des niederländischen Wirtschaftsbürgertums blieben vielen adligen Vertretern des Kaisers fremd. Das Verhandeln über Subsidien

fiel den Gesandten und Ministern daher auch schwer, ja galt als eine der unangenehmsten Aufgaben des politischen Geschäfts. Den Haag war deshalb auch kein Platz, um den sich kaiserliche Diplomaten rissen. Man beklagte das weitgehend fehlende höfische Milieu und die nicht zuletzt hieraus resultierende mangelnde Akzeptanz der kaiserlichen Diplomaten bzw. die nicht ausreichende Würdigung, die ihnen, wie sie meinten, aufgrund der herausragenden Stellung der Kaiserhauses hätte zukommen müssen. Diese Wahrnehmung kristallisierte sich um so stärker heraus, je unverkennbarer der politische Bedeutungsverlust der Republik im 18. Jahrhundert wurde. Mit Blick auf Wandlungserscheinungen im mythisch überhöhten Kaiserbild Alteuropas läßt sich denn auch abschließend feststellen: Wenn es während der frühneuzeitlichen Epoche in Europa Orte gab, an denen eine "Entzauberung" des traditionellen Bildes des Kaisers und der Habsburger-Dynastie stattfand, so war dies auf jeden Fall auch Den Haag.

Niederländische Seite

Den Hinweisen auf die niederländische Seite der Bildformung ist die grundsätzliche Beobachtung voranzustellen, daß dem Heiligen Römischen Reich in der meinungsbildenden politischen Publizistik der Republik nach 1648 ein insgesamt nur mäßiges Interesse zuteil wurde; erst der Aufstieg Preußens unter Friedrich II. vermochte in dieser Hinsicht einen Wandel herbeizuführen. Sofern sich der niederländische Blick nach außen richtete, galt er vornehmlich den im Vergleich zum deutschen Geschehen gewiß kurzweiligeren und die maritimen Interessen der Republik weit stärker betreffenden Entwicklungen in England, Frankreich und den nordischen Staaten. Angesprochen ist damit die fehlende politische und soziale Dynamik des Reichssystems: Hier präsentierte sich dem politischen Beobachter offenkundig ein gleichsam petrifizierter, Kommentare weitgehend erübrigender Modernitätsstandard auf unterem Niveau, dessen Vorteil immerhin, wie auch die niederländische Seite bekundete, darin bestand, daß er die Berechenbarkeit der europäischen Mitte wesentlich erleichterte. Dieser für die politische Publizistik geltende Befund koinzidiert mit der inhaltlichen Struktur der Berichte niederländischer diplomatischer Vertreter im Reich insofern, als sich die im weitesten Sinne kulturellen Beobachtungen in Grenzen hielten: Die ständische Gesellschaft des Alten Reiches, mithin ihr normativer Kanon, ihre materielle Kultur, ihre Wirtschaftsweise, ihre Verfassungsformen, gebar nur selten mitteilenswerte - geschweige bewunderungswürdige - Überraschungen. Es steht außer Zweifel, daß dieser Sachverhalt schon früh ein Echo in der literaturwissenschaftlichen und historischen Forschung erfahren hat - ist es doch, wie das Projekt erneut hat deutlich werden lassen, keineswegs ein Zufall, sondern auf die unterschiedliche inhaltliche Struktur und Quantität der Überlieferung zurückzuführen, daß den zahlreichen Analysen zeitgenössischer deutscher Betrachtungen über das politische und kulturelle Profil der Republik nichts Vergleichbares mit umgekehrter Blickrichtung gegenübersteht.

Fehlten somit in der niederländischen Perzeption des Reiches weitgehend jene Elemente, die umgekehrt, bedingt durch die Singularität der Republik, den spezifischen Reiz des zwischen höchster Bewunderung und massiver Kritik oszillierenden deutschen Niederlandebildes ausmachten, so wäre es doch gänzlich unzutreffend, die nach Osten gerichtete politische Optik der Generalstaaten und ihrer Vertreter durch Desinteresse und Indifferenz bestimmt zu sehen. Schon allein die Grundtatsache der ge-

meinsamen antiludovizianischen Koalitionspolitik führt eine derartige Annahme ad absurdum. Mochten Land und Leute sowie Kaiser und Reichsstände als Spitze der deutschen ständischen Gesellschaft in der zeitgenössischen niederländischen Publizistik auch nur geringe Berücksichtigung finden - Gegenstand intensiver politischer Reflexion waren letztere unter den diplomatischen Vertretern der Republik bzw. in den Führungsgremien der Republik auf jeden Fall. Im Vordergrund dieser politisch-strategischen, mit konkretem Handeln einhergehenden Überlegungen, die sich nach 1648 sukzessive zu einem stets präziser werdenden politischen Bild verdichteten, standen die Chancen und Risiken einer bündnispolitischen Kooperation mit dem Kaiser und einzelnen Reichsständen, der kaiserlich-ständische Antagonismus, die Schwierigkeiten der außenpolitischen Interessendurchsetzung angesichts der verfassungsstrukturellen Mehrschichtigkeit des Reiches und eines dilatorische Praktiken begünstigenden, juridifizierten politische Stils sowie schließlich das höfische Milieu als retardierendes Moment eines effektiven politischen Managements.

Ungeachtet der bereits aus dieser summarischen Aufzählung reichsspezifischer Denkvoraussetzungen durchscheinenden Vorbehalte hat die Forschungsarbeit eine Reihe von Indizien für die Vitalität politisch-kulturell vermittelter Faktoren der Konvergenz in den Beziehungen der Republik zu ihren östlichen Nachbarn erkennbar werden lassen. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die zeitweilige niederländische Annäherung an die Kreisassoziationen. Das Phänomen ist als solches schon interessant genug - zeugt es doch von politischen Kontakten zwischen föderativen Gemeinschaften, deren Selbstverständnis ungeachtet unterschiedlicher historisch-politischer Ausgangslagen sich aus dem Wissen um die Schwäche der Einzelglieder und der hieraus resultierenden Einsicht in die Notwendigkeit überterritorialer Organisationsformen nährte. Scheint es aufgrund der fehlenden Absicherung in den Quellen auch zu gewagt, das Bündnisangebot der Generalstaaten vom Sommer 1709 an die Nördlinger Assoziation in den motivationalen Kontext der Rückkehr in den Reichsverband zu stellen, so beruhte das Projekt einer engeren Allianz doch auf Vorstellungen, hinter denen fraglos mehr als das bloße machtpolitische Kalkül der Schaffung einer breiten, niederländisch dominierten Einflußzone im Reich stand. Gleichsam das geistige Ferment der Pläne bildeten Reflexionen zur grundsätzlichen Natur der deutsch-niederländischen Beziehung, die sich aus der Sicht Den Haags zeitweilig als eine Art Schicksalsgemeinschaft darstellte, die im Zeichen eines zwingend notwendigen Bemühens um *reciproque conservatie* stand. Es entsprach dabei dem niederländischen Selbstbild wie auch der negativen Einschätzung der politischen Reife und Mündigkeit der deutschen Partner, wenn die Republik im Binnenverhältnis der Allianz für sich den aktiven, politisch richtungweisenden Part reklamierte.

Kehrt man von dieser wichtigen Einzelbeobachtung zurück zur Ebene des generellen Befunds und unternimmt den Versuch, die niederländische Bildformung über das Reich in ihrem zeitlichen Wandel zu erfassen, so ist zunächst auf die Periode von 1648 bis 1689 hinzuweisen. Man geht wohl nicht zu weit, wenn von einer gleichsam im Fluß befindlichen Bildformung gesprochen wird, die erst bei Abschluß der Wiener Allianz vom Mai 1689 eine gewisse Stabilität erlangt hat, d.h. zu einem Zeitpunkt, als sich in niederländischer Sicht lange bestehende außenpolitische Kalkulationsrisiken merklich verringert hatten. Mit Blick auf das niederländische Urteil ist dabei zu beachten, daß sich weniger die Einschätzung des im Reich, d.h. vor allem am Kaiserhof, gepflegten politischen Stils veränderte: Vom Beginn der politisch-diplomati-

schen Beziehungen 1670 bis weit über 1689/90 hinaus bildeten Klagen niederländischer Gesandter über die mangelnde "kordaatheid" der kaiserlichen Minister, über die aus den Entscheidungsprozessen hervorscheinende "deutsche Langsamkeit und Laschheit" eine inhaltliche Konstante der einschlägigen Quellenüberlieferung. Als tatsächliche Bereiche des Wandels erweisen sich vielmehr die generelle Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse und die hieraus resultierenden außenpolitischen Prioritäten der Republik sowie die institutionell-verfassungsorganisatorischen und normativen Aspekte des niederländischen Bildes der beim östlichen Nachbarn vorzufindenden politischen Kultur. Kurz, es veränderte sich der mit dem Bild aufs engste verknüpfte außenpolitische Erwartungshorizont. Die deutlichen Wandlungen, denen die Bewertung der reichsfürstlichen Libertät auf niederländischer Seite unterlag, sind in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie das bis weit in die 1670er Jahre - und dann erneut während der kurzen Regierungszeit Kaiser Josephs I. (1705-1711) - von der Befürchtung eines möglichen Reichsabsolutismus getrübe niederländische Urteil der politischen Ambitionen des Wiener Hofes. Überhaupt ist durch die in dem Projekt geleistete Forschungsarbeit der Nachweis gelungen, daß die für das Reich im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden zu verzeichnenden politischen Differenzierungsprozesse, Umorientierungen und Machtverschiebungen von den diplomatischen Repräsentanten der Generalstaaten sehr sorgfältig registriert wurden - so das klare Herauswachsen Österreichs aus dem Reichsverband seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert, die Formierung der größeren "armierten" Stände, die Emanzipationsversuche des kleinstaatlichen, sich um den Mainzer Kurfürsten scharenden "reichischen" Deutschlands sowie schließlich der staatliche Aufstieg Brandenburg-Preußens.

Steht auch außer Frage, daß die wesentlichen Strukturelemente und Funktionsmechanismen des im Westfälischen Frieden auf eine neue Grundlage gestellten Reichsverbandes der niederländischen Seite spätestens 1689/90 wohlvertraut waren - erkennbar nicht zuletzt im sich zunehmend differenzierenden Urteil eines Gerard Hamel Bruyninx und den weitsichtigen Lageanalysen eines Anthonie Heinsius oder Adolf Hendrik van Rechteren-Almelo nach 1689 -, so kann doch für die folgenden Jahrzehnte keineswegs, wie bereits die o.g. Veränderungen der Wahrnehmungsinhalte nahelegen, von einem gleichsam "eingefrorenen" Meinungsbild die Rede sein. Auf der Basis sedimentierter Grundanschauungen, die konstant blieben und neben dem im Reich geübten und als kontraproduktiv kritisierten politischen Stil auch den zu ubiquitären Verschwörungstheorien Anlaß gebenden jesuitisch-römischen Einfluß an den katholischen Höfen betrafen, erfuhr das in den Gesandtschaftsberichten vermittelte Bild durchaus Ergänzungen und Nuancierungen. Insbesondere unterlagen die im weitesten Sinne kulturellen Beobachtungen niederländischer Diplomaten im Reich einer Intensivierung - in Wien gewiß zusammenhängend mit der Entfaltung barocken Hoflebens nach dem durch den Türkenkrieg erforderlich gewordenen Wiederaufbau. Nach bemerkenswerter Zurückhaltung, insbesondere während der ersten vier Jahrzehnte nach 1648, betrafen die Wahrnehmungen und Urteile verstärkt Phänomene wie das höfische Zeremoniell, höfisches *divertissement* und Prachtentfaltung, die dem niederländischen Effizienzverständnis zuwiderlaufende Zeitorganisation bei Hof, aber auch die partiell dem Aberglauben zugerechneten Erscheinungsformen katholischer Religionsausübung. Daneben fand die mit Argwohn, ja Verbitterung, verfolgte Intensivierung des kaiserlichen Interesses an eigenen maritim-kommerziellen Projekten Eingang in die Berichterstattung; sie gipfelte mehrfach in der wohl als Versuch der

Selbstbeschwichtigung zu wertenden Einschätzung, daß Seehandel und Schifffahrt mit der Natur der im Habsburgerreich vereinigten *naties* nicht kompatibel seien.

Es fällt auf, daß nach dem Spanischen Erbfolgekrieg sich zusehends larmoyante Töne in den niederländischen Äußerungen über das Reich bemerkbar machten; sie resultierten weniger aus einer berechtigten Kritikwürdigkeit der deutschen Verhältnisse als aus den positionellen Anfechtungen, die sich die Republik auf dem internationalen Parkett gefallen lassen mußte. Erstmals war von Undankbarkeit der ehemaligen deutschen Verbündeten die Rede. Die Vertreter der Generalstaaten in Deutschland sahen sich denn auch mehrfach dazu veranlaßt, den geschwächten mächtropolitischen Status der Republik durch Hinweise auf die in der Vergangenheit erworbenen Verdienste für das deutsche Reich und die "gemeine Sache" zu stabilisieren. In diesem Sinne ist der Rekurs auf die Vergangenheit, der die Anmahnung österreichisch-kaiserlicher und reichsfürstlicher Verpflichtungen gegenüber der Republik auffallend häufig begleitete, als Indiz eines realen Kräfteverfalls zu werten. Zudem hat sich nach den Selbstzeugnissen niederländischer Gesandter in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Reich ein zunehmendes Desinteresse an der Republik, einhergehend mit einer Verringerung des Kenntnisstandes über das politisch-kulturelle Profil des niederländischen Staatswesens, breitgemacht - eine Entwicklung, die sich in Anlehnung an eine Formulierung von Ernest Zahn gewissermaßen als Übergang vom - im Bewußtsein der östlichen Nachbarn - "bekanntem" zum "unbekannten Holland"⁵ charakterisieren ließe. So begegneten nach 1720 auch weit häufiger als im 17. Jahrhundert niederländische Klagen über das Unverständnis, das an den deutschen Fürstenhöfen der politischen Verfassung der Republik entgegengebracht werde.

Das Fazit soll nicht schließen ohne einen kurzen Hinweis auf die Relevanz der durch das Projekt vermittelten Erkenntnisse und Einsichten für eine historisch nicht selten kurzfristig argumentierende politische Gegenwart. Bemerkenswert scheint zunächst, daß bei aller Singularität des politisch-kulturellen Profils der Republik, bei aller von den Berichterstattern wahrgenommenen Unterschiedlichkeit zu den deutschen Verhältnissen, auch ein Grundbestand an gemeinsamen Überzeugungen und normativen Orientierungen vorhanden gewesen ist. Sieht man von machtsstaatlichen Entwicklungen in Österreich und später Preußen ab, so präsentierten sich die niederländische Republik und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation gleichermaßen als libertäre, den Prinzipien Konsens und Partizipation verpflichtete Verfassungssysteme. Ähnliches gilt für die während des 17. und 18. Jahrhunderts auf beiden Seiten zu beobachtende Vitalität föderativ organisierter politischer Interessendurchsetzung. Entscheidend dürfte indes sein - und dies wird so manches voreilige, auch auf niederländischer Seite mitunter zu vernehmende Urteil über einen historisch angeblich tief verwurzelten deutschen Hang zur Aggression und einer keine Opfer scheuenden Perfektion revidieren -, daß sich das Reich nach 1648 auch und gerade den niederländischen Zeitgenossen als ein entdynamisiertes, korporativ verfaßtes politisches System präsentierte, das zwar auch unbestreitbare, zu vielfältigen Klagen Anlaß gebende Schwächen zeigte, jedoch unter seinen Nachbarn keine Bedrohungsängste erwecken konnte. Es war "zum Frieden tauglicher als zum Krieg", wie Waldeck, der reichspolitische Berater Wilhelms III. von Oranien 1682 hervorhob, indes stark genug in der

⁵ E. ZAHN, *Das unbekannt Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993 (Neuausgabe).

Verteidigung, und überhaupt beruhte seine politische Rason auf Friedens- und Rechtswahrung. Die niederländische Außenpolitik hat diesen Sachverhalt ungeachtet der Klagen über die Nachlässigkeit und Indifferenz der östlichen Nachbarn zu schätzen gewußt: Unter der nachhaltigen Erfahrung der Bedrohung durch einen antilibertären französischen Absolutismus übertrug sich auf die Republik offenkundig "die im Westfälischen Frieden angelegte Tendenz, das Reich zum Kernstück einer europäischen Friedensordnung zu machen"⁶, ohne jedoch wirklich - und diese Feststellung impliziert auch ein Bedauern - zum langfristig bestimmenden Faktor der niederländischen Außenpolitik werden zu können.

⁶ K.O. VON ARETIN, *Die Kreisassoziationen in der Politik der Mainzer Kurfürsten Johann Philipp und Lothar Franz von Schönborn 1648-1711*, in: Ders., *Das Reich. Friedensordnung und europäisches Gleichgewicht 1648-1806*, Stuttgart 1986, S. 167-208, hier S. 207.